

Carola Weiß:

Geburtenraten im Europäischen Vergleich

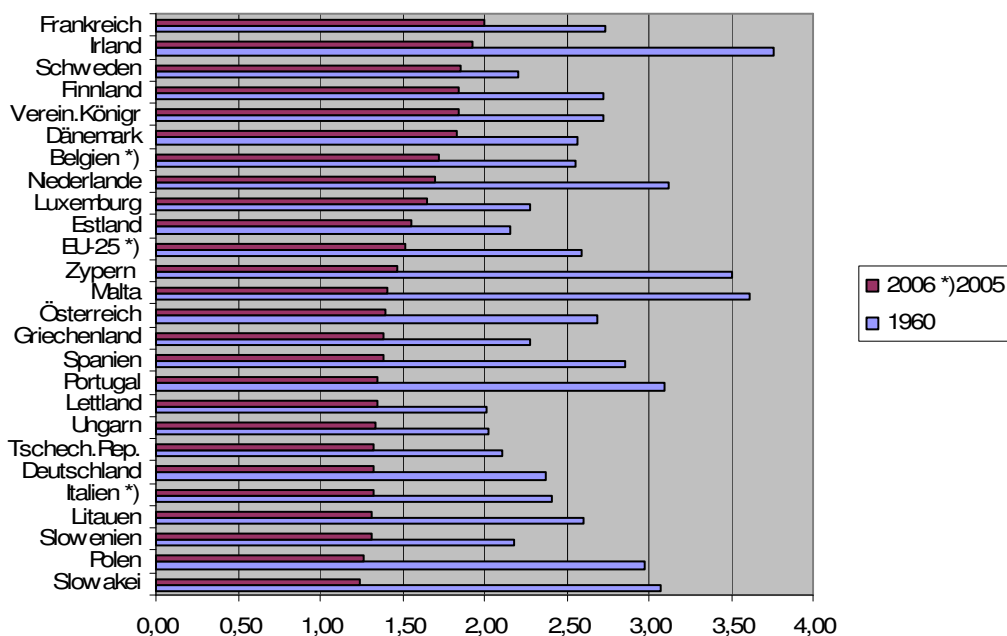
1. Einleitung

Die europäische Bevölkerung altert – eine unumstrittene Tatsache. Was dies jedoch für die davon betroffenen Staaten bzw. vielmehr deren Wirtschaft und Sozialversicherungssysteme insgesamt bedeuten wird, darüber ist sich die Wissenschaft noch nicht so ganz einig. Einige Konsequenzen sind aber bereits spürbar. So wurden in den letzten Jahren in vielen Ländern wohlfahrtsstaatliche Leistungen nach und nach reduziert, was neben vielfältigen anderen Faktoren auch mit der Bevölkerungsalterung in Zusammenhang gebracht wird.

In Anbetracht dieser Tatsachen verwundert es nicht, dass die Geburtenrate, welche seit den 1960er Jahren in Europa stark gesunken ist (Cordón 2006: 31) und damit u. a. für diese Alterung verantwortlich gemacht wird, immer mehr ins Blickfeld von Wissenschaft und Politik rückt.

Im konkreten Fall wurde die Diplomarbeit zu diesem Thema von der NÖ Landesregierung gefördert.

Abb. 1: Gesamtfruchtbarkeitsraten in den EU-25, 1960-2006



Quelle: Eurostat 2008 – Bevölkerung und soziale Bedingungen

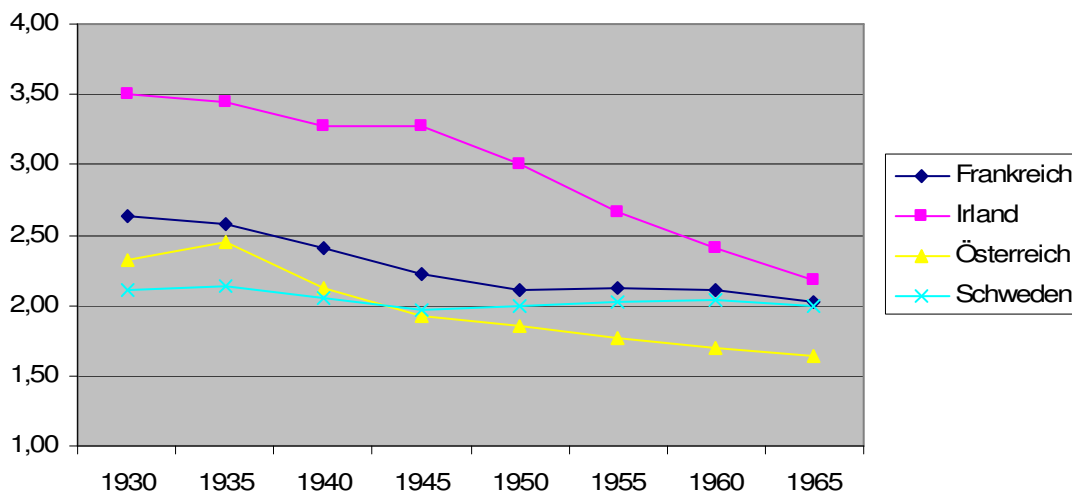
Aus der Sicht Österreichs, welches eine Gesamtfruchtbarkeitsrate unter dem EU Durchschnitt aufweist (Abbildung 1), stellt sich dabei besonders die Frage, warum diese in anderen Ländern Europas deutlich höher liegt als hier.

Um zu diesem Phänomen neue Erkenntnisse zu gewinnen, wurden in den Erhebungen zu dieser Diplomarbeit einerseits drei jener Länder untersucht, die eine vergleichsweise hohe Geburtenrate vorweisen können – Frankreich, Schweden und Irland. Andererseits sollten Hintergründe für die niedrige Fertilität in Österreich analysiert werden. Auf Basis der daraus gewonnenen Erfahrungen werden mögliche Handlungsfelder aufgezeigt, die eine Erholung der Geburtenzahlen in Österreich unterstützen könnten.

2. Entwicklung der vier untersuchten Länder

Die vier Länder präsentierten sich dabei sehr unterschiedlich, was bereits am Verlauf der demographischen Kennzahlen ersichtlich wird (Eurostat 2008). Beispielhaft sind in Abbildung 2 die Entwicklungen der endgültigen Kinderzahlen der Frauen in den untersuchten Ländern nach Geburtsjahrgängen zu sehen. Dieser Indikator gibt an, wie viele Kinder Frauen letztendlich tatsächlich zur Welt gebracht haben.

Abbildung 2: Endgültige Kinderzahlen nach Geburtskohorten, Jg. 1930-1965



Quelle: Eurostat 2008 – Bevölkerung und soziale Bedingungen

Besonders auffällig ist dabei etwa die Entwicklung in Irland (vgl. Abb. 2). Dieses Land hatte über Jahrzehnte hindurch die höchsten endgültigen Kinderzahlen in Europa. In den letzten Jahren entwickelten sich diese aber rapide in Richtung Angleichung an das übrige europäische Niveau.

In Schweden war genau die gegenteilige Entwicklung zu beobachten. Ausgehend von einer vergleichsweise niedrigen endgültigen Kinderzahl, bewirkte der eher moderate Rückgang, dass es nun im europäischen Spitzenfeld liegt.

3. Allgemeine Einflussfaktoren

Zur Frage, wie diese unterschiedlichen Geburtenraten zustande kommen, gibt es vielfältige Erklärungsansätze, die eine Vielzahl an Einflussfaktoren herausgearbeitet haben.

Zusammenfassend betreffen sie die folgenden Bereiche:

- Ökonomische Rahmenbedingungen (Birg 2005: 83, 145; McDonald zit. n. Bagavos / Martin 2001:19) und politische Hintergründe (Neyer 2003; u. a.)
- Die Situation der Frauen, sowohl im Bezug auf Erwerbsbeteiligung (Seyda 2003; Engelhardt / Praskawetz 2005a, b), als auch ihre Stellung gegenüber den Männern (Schulze zit.n. Bagavos / Martin 2001: 16)
- Die vorherrschenden Familienformen und deren historische Entwicklung (Prinz 1998; Goldstein 2003; Bien 2004: 31; u. a.)
- Situation von und politische Maßnahmen für Kinder und Jugendliche bzw. deren Eltern (Cordón / Sgritta zit.n. Bagavos / Martin 2001: 9-12; Neyer 2003; u. a.)

4. Thesen zu den einzelnen Ländern

Bei der genauen Betrachtung der Gegebenheiten in den vier Ländern finden sich eine Vielzahl an Indikatoren, die dem Vorhaben Kinder zu bekommen bzw. der Verwirklichung eines Kinderwunsches förderlich oder aber hinderlich sind:

Schweden nimmt sowohl bei den demographischen Veränderungen als auch bei den familienpolitischen Reaktionen darauf, eine Vorreiterrolle ein. Ein Rückgang der Geburtenrate, eine Abnahme der Eheschließungen, genauso wie ein Anstieg der Scheidungen und unehelichen Geburten, fand hier schon sehr früh statt (Eurostat 2008). Dementsprechend früh entwickelte sich dort eine Familienpolitik mit dem Ziel, die Gleichstellung der Geschlechter und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern (Bernhardt 2004:225-227). Eine Folge ist, dass vergleichsweise viele Mütter in Schweden heute erwerbstätig sind. In der Folge finden Eltern staatliche Unterstützung in Form flächendeckender, öffentlicher Kinderbetreuung für alle Altersgruppen als auch in sehr flexiblen Elternurlaubsregelungen (Dörfler 2004: 233-234). Zudem wird in Schweden ein Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung für Kinder im Alter von 1 bis 15 Jahren gewährt (European Commission 2005: 37).

Ein ganz anderes Bild zeigt sich in Irland. Der enorme ökonomische Aufschwung, der dieses Land in den letzten Jahren auszeichnete, brachte vielfältige gesellschaftliche Veränderungen mit sich (Richardson 2004: 145). Anpassungen an geänderte Gegebenheiten finden in Irland in einem unvergleichlichen Tempo statt. Ein Rückgang der Geburtenraten ging einher mit einem Anstieg des allgemeinen Bildungsniveaus und der Erwerbsbeteiligung der Frauen. Gleichzeitig begannen sich die bis dorthin traditionellen Familienverhältnisse zu verändern, bemerkbar etwa an einem Anstieg an unehelichen Geburten (Eurostat 2008). Dies alles geschah trotz der traditionellen und religiösen Ausrichtung, die den Iren immer wieder nachgesagt

wird und verlieh Irland damit eine Ausnahmestellung gegenüber den ebenfalls sehr katholischen Ländern im Süden Europas.

Obwohl der irische Staat traditionell wenig in die Angelegenheiten der Familien eingreift, führten diese Entwicklungen auch hier zur Entstehung von familienpolitischen Aktivitäten - wie etwa die Einführung von Elternurlaubsregelungen (1998) oder dem „Family-Friendly Workplace Day“ (Richardson 2004: 147). Die wesentlichste Stütze für Eltern bei der Betreuung der – dort immer noch zahlreichen – Kinder sind aber nach wie vor die Frauen der älteren Generationen, für die die Erwerbsbeteiligung noch nicht so selbstverständlich war (OECD 2003: 25). Eine Abschätzung der zukünftigen Entwicklungen in Irland ist aufgrund dieser, sich erschöpfenden Ressource, besonders schwierig.

Interessante Ergebnisse bringt der Vergleich von Frankreich und Österreich. Auf der einen Seite gibt es in diesen beiden Ländern gewisse Parallelen, wie etwa die Orientierung an der traditionellen Kernfamilie (Dörfler 2004: 230, 232) oder die Ausgestaltung der derzeitigen Elternurlaubsregelungen (European Commission 2005: 49-59). Auch die demographischen Entwicklungen verliefen in diesen beiden Ländern zu Beginn der rückläufigen Gesamtfruchtbarkeitsraten (ab den 1960er Jahren) noch sehr ähnlich. Allerdings verlangsamte sich dieser Geburtenrückgang in Frankreich (ab 1975) um ca. 10 Jahre früher als in Österreich (Eurostat 2008). Gewisse Entwicklungen nehmen in Österreich mehr Zeit in Anspruch. So hat sich das Gebäralter im Vergleich zu Frankreich und Schweden bisher weniger erhöht, steigt aber nach wie vor stark. Ein ähnlich verspäteter Anstieg ist beim Anteil an unehelich geborenen Kindern, als Folge der gesunkenen Eheschließungen und steigenden Scheidungszahlen, zu beobachten.

Die Familienpolitik in Frankreich setzt stark auf eine umfangreiche und vielfältige Kinderbetreuung, um die Mütter zu entlasten und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern (Martin 2004: 100-101). Darüber hinaus werden Mehrkindfamilien speziell gefördert (Dörfler 2004: 231).

In Österreich sind solche Maßnahmen erst im Entstehen bzw. orientiert sich das Ziel des „Lastenausgleiches“ zwischen Kinderlosen und Familien mit Kindern sehr an finanziellen Transferleistungen (Richter 2004: 52).

5. Ansatz einer Synthese

Die Beispiele der hier beschriebenen Länder zeigen, dass negative Auswirkungen auf die Geburtenrate bzw. auf den Wunsch (weitere) Kinder zu bekommen, vor allem dort zu erwarten sind, wo trotz der steigenden Anforderungen an die Familien (steigende Frauenerwerbsbeteiligung, erhöhter Leistungsdruck im Berufsleben usw.), die Verantwortung für die Kinder bzw. deren Betreuung und Erziehung nach wie vor vorwiegend bei den Eltern – im speziellen den Frauen - liegt.

6. Mögliche Handlungsfelder für Österreich

Für Österreich wären daher, neben den vorhandenen umfangreichen finanziellen Transferleistungen, strukturelle Maßnahmen denkbar, um eine Erholung der Geburtenrate zu unterstützen:

Vorschläge dazu wären:

- Ein weiterer Ausbau der Kinderbetreuungsmöglichkeiten, jedoch mit Wahlfreiheit für die Eltern, welche Art der Betreuung für ihre Kinder in Frage kommt. Dies vor allem deshalb, da die Betreuung der Kinder durch die Mutter selbst in Österreich noch einen sehr hohen Stellenwert hat (Gisser 2003: 30-31).
- Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf:
Zum einen durch flexiblere Karenzregelungen bzw. durch die Gewinnung der ArbeitgeberInnen für familienfreundlichere Arbeitsplätze. In Österreich kehren nur mehr ein Viertel der Mütter nach der Geburt eines Kindes auf ihren alten Arbeitsplatz zurück (OECD 2003: 15-17). Ein Umstand der auch für ArbeitgeberInnen viele Nachteile mit sich bringt.
- Die österreichischen Mütter sind im Durchschnitt noch vergleichsweise jung (Eurostat 2008). Es ist aber mit einem weiteren Anstieg zu rechnen, was sich erfahrungsgemäß negativ auf die Geburtenzahlen auswirken würde (Billari 2006: 7). Auch ein Versuch diesen Anstieg vorzeitig zu bremsen, könnte einen weiteren Abfall der Geburten verhindern helfen.

Dazu wären Unterstützungsmaßnahmen für junge Erwachsene notwendig, damit sich diese eine entsprechende Grundlage für die Familiengründung schaffen können (Engelhardt / Prskawetz 2005b: 13-15). Wesentlich dabei sind sichere Arbeitsplätze, anstelle der immer häufiger werdenden atypischen Beschäftigungsverhältnisse.

Weiters könnte sich eine bessere Vereinbarkeit von Studium und Elternschaft positiv auswirken, da auch in Österreich die durchschnittliche Zahl an Bildungsjahren steigt (Eurostat 2008).

All diese Maßnahmen würden vermutlich nicht plötzlich zu einem Anstieg des Kinderwunsches bei den Frauen und Männern in Österreich führen. Aber sie könnten die bestehende Wunschkindzahl verwirklichen helfen, und damit die derzeit feststellbare Kluft zwischen der als ideal angesehenen und der tatsächlich realisierten Kinderzahl verringern.

Literatur

Bagavos, Christos / Martin, Claude (2001): Sinkende Geburtenraten, Familienstrukturen und politische Reaktionen. Synthesebericht zur Jahrestagung vom 15.-16. September 2000 in Sevilla, Spanien. In: ÖIF Materialiensammlung Heft 10. Wien

Bernhardt, Eva (2004): Sweden In: Cizek, Brigitte & Richter, Rudolf (eds.): Families in EU-15. Policies, challenges and opportunities. ÖIF Materialien Heft 23. Wien, 219-227

Bien, Walter (2004): Die Situation der Familien in EU-15: Eine Synthese der Nationalen Länderberichte. In: Cizek, Brigitte & Richter, Rudolf (eds.): Families in EU-15. Policies, challenges and opportunities. ÖIF Materialien Heft 23. Wien, 25-42

- Birg, Herwig (2005): Die ausgefallene Generation. Was die Demographie über unsere Zukunft sagt. München
- Cordón, Juan Antonio Fernández (2006): Low Fertility and the Scope for Social Policy: Understanding the Context. In: Lutz, Wolfgang / Richter, Rudolf / Wilson, Chris (edited) (2006): The New Generations of Europeans. Demography and Families in the Enlarged European Union. Population and Sustainable Development Series. London, 29-58
- Dörfler, Sonja (2004): Elternurlaub im Vergleich – eine Gegenüberstellung der Regelungen in Frankreich, Norwegen, Österreich und Schweden. In: Cizek, Brigitte (Hrsg.): Familienforschung in Österreich. Markierungen – Ergebnisse – Perspektiven. ÖIF Schriftenheft 12. Wien, 229-246
- Engelhardt, Henriette / Prskawetz, Alexia (2005a): A Pooled Time-Series Analysis on the Relation between Fertility and Female Employment. European Demographic Research Papers 1. Vienna Institute of Demography. Vienna
- Engelhardt, Henriette / Prskawetz, Alexia (2005b): Arbeitsmarkt und Demographie. Vienna Institute of Demography, Working Paper 02/2005, Wien
- European Commission (2005): Reconciliation of work and private life: A comparative review of thirty European countries. Luxembourg
- Eurostat (2008): Bevölkerung und soziale Bedingungen. 21.02.2008. <http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page?_pageid=0,1136184,0_45572595&_dad=portal&_schema=PORTAL>
- Gisser, Richard (Hg.) (2003): Population Policy Acceptance Survey 2001 (PPA II). Familie, Geschlechterverhältnis, Alter und Migration: Wissen, Einstellungen und Wünsche der Österreicherinnen und Österreicher. Tabellenband und Zusammenfassung ausgewählter Ergebnisse. VID Forschungsbericht Nr. 25. Wien
- Goldstein, Joshua / Lutz, Wolfgang / Testa, Maria Rita (2003): The Emergence of Sub-Replacement. Family Size Ideals in Europe. European Demographic Research Papers 2. Vienna Institute of Demography. Vienna
- Martin, Claude (2004): France In: Cizek, Brigitte & Richter, Rudolf (eds.): Families in EU-15. Policies, challenges and opportunities. ÖIF Materialien Heft 23. Wien, 99-115
- Neyer, Gerda (2003): Family Policies and Low Fertility in Western Europe. Max-Planck-Institut für demografische Forschung. Working Paper WP 2003-021. Rostock
- OECD (2003): Babies and Bosses. Reconciling Work and Family Life. Austria, Ireland and Japan. Volume 2. Paris
- Prinz, Christopher (1998): Lebensgemeinschaften mit Kindern in europäischer Perspektive: Ausgewählte demographische und gesellschaftliche Aspekte. ÖIF – Materialiensammlung Heft 4 „Lebens- und Familienformen – Tatsachen und Normen“. Wien, 135-142
- Richardson, Valerie (2004): Ireland In: Cizek, Brigitte & Richter, Rudolf (eds.): Families in EU-15. Policies, challenges and opportunities. ÖIF Materialien Heft 23. Wien, 141-158
- Richter, Rudolf (2004): Austria In: Cizek, Brigitte & Richter, Rudolf (eds.): Families in EU-15. Policies, challenges and opportunities. ÖIF Materialien Heft 23. Wien, 45-55
- Seyda, Susanne (2003): Frauenerwerbstätigkeit und Geburtenverhalten. In: iw-trends 2/2003. Köln

Über die Autorin

Mag.^a (FH) Carola Weiß, Jg. 1979

carola.weiss@aon.at

- Seit Juni 2007 Magistra (FH) für sozialwissenschaftliche Berufe an der FH St. Pölten.
- Seit November 2005 Projektmitarbeiterin bei den EQUAL-Projekten Donau und U-Turn an der FH St. Pölten bzw. seit Juli 2007 Sozialarbeiterin beim Verein Wohnen und Arbeit in Winden bei Melk.

Abstract

Zusammenfassung der Diplomarbeit mit dem Titel „Geburtenraten im Europäischen Vergleich“ im Zuge des FH Diplomstudienganges Sozialarbeit an der FH St. Pölten: Der Vergleich der Länder - Frankreich, Irland, Schweden und Österreich - zeigt, dass die Fertilität tendenziell dort höher ist, wo Eltern umfangreiche Unterstützung bei der Erziehung ihrer Kinder erhalten - über finanzielle Transferleistungen hinaus. Für Österreich werden Maßnahmen in folgenden Bereichen vorgeschlagen: Kinderbetreuung; Vereinbarkeit von Familie und Beruf; sowie die Unterstützung junger Erwachsener.

Abstract of the diploma thesis entitled “A comparison of fertility rates in Europe” at the St. Pölten University for Applied Sciences:

Comparing France, Ireland, Sweden and Austria with regard to fertility rates in Europe reveals them to be higher, when parents get extensive support for the care and upbringing of their children in addition to financial benefits. For Austria the thesis proposes reforms in the following areas: childcare; compatibility between family life and work; and the support of young adults.